



HESSISCHER LANDTAG

04. 12. 2020

Kleine Anfrage

Günter Rudolph (SPD) vom 28.09.2020

Politische Meinungsumfragen der Hessischen Landesregierung

und

Antwort

Chef der Staatskanzlei

Vorbemerkung Chef der Staatskanzlei:

Es wird davon ausgegangen, dass sich die Kleine Anfrage ausschließlich auf politische Meinungsumfragen bezieht (nicht auf Mitarbeiterbefragungen, die Befragung berufsspezifischer Gruppen, statistische Erhebungen, o.ä.). Bei den durchgeführten Umfragen handelt es sich um Abfragen zu Einstellungen zu Fachthemen bzw. Fragestellungen zu Fachthemen. Da eine trennscharfe Unterscheidung zu (politischen) Meinungsumfragen nicht möglich ist, werden sie hier aufgeführt.

Dies Vorbemerkung vorangestellt beantworte ich die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit der Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie dem Minister für Soziales und Integration wie folgt:

- Frage 1. Welche Meinungsumfragen hat die Hessische Landesregierung im Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis 31. August 2020 bei welchen Instituten in Auftrag gegeben (mit Datumsanzeige)?
- Frage 2. Welche Themenbereiche haben die einzelnen Meinungsumfragen beinhaltet mit welchen konkreten Zahlen und Ergebnissen (mit Wortlaut)?
- Frage 3. Wie hoch waren die jeweiligen Kosten pro Umfrage?

Die Fragen 1 bis 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration (HMSI) hat im Dezember 2019 eine Befragung zum Thema „Wahrnehmung von Zuwanderung und Integration in Hessen“ durch das Meinungsforschungsinstitut IFAK durchführen lassen. Es handelt sich um eine Befragung, die Datengrundlage für eine wissenschaftliche Studie des Referats für Integrationsforschung und Integrationsmonitoring ist. Die Befragung hat das Ziel, Erkenntnisse zu Meinungen der Bürgerinnen und Bürger über Steuerung und Folgen von Zuwanderung, das Funktionieren des Zusammenlebens sowie diesbezügliche Bemühungen von Zugewanderten und Einheimischen und Kontakte zwischen beiden Gruppen zu erhalten.

Die wesentlichen Ergebnisse finden sich im Kapitel 1 der Publikation „Meinungsbilder 2020 – Wie stehen Hessinnen und Hessen zu Zuwanderung und Integration?“ unter:

→ https://integrationskompass.hessen.de/sites/integrationskompass.hessen.de/files/Meinungsbilder%202020%20zu%20Zuwanderung%20und%20Integration_0.pdf

Die Kosten durch die Beauftragung des Meinungsforschungsinstitut IFAK durch das HMSI beliefen sich auf 14.100 € (netto).

Das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat im November 2019 die Befragung „Naturbewusstsein 2019 - Abfrage des gesellschaftlichen Bewusstseins“ bei FORSA in Auftrag gegeben. Die Fragen beziehen sich auf die Themenbereiche Biologischen Vielfalt, Artenkenntnis, Natura 2000, Verantwortung für die Erhaltung der Biologischen Vielfalt auf der Erde und Bereitschaft zum persönlichen Engagement. Die Ergebnisse der Umfrage sind in die Facharbeit eingeflossen. Der Auftragswert beläuft sich auf 8.900,00 € (netto).

Weiterhin wurde zur Klimaschutzkampagne „Klimaschutz beginnt hier. Mit mir.“ eine Meinungsumfrage zur Wahrnehmung des Klimawandels beim Markt- und Meinungsforschungsinstitut YouGov, beauftragt und vom 03.08.2018 bis 08.08.2018 durchgeführt. Darin werden Einschätzungen der Folgen des Klimawandels in 20 Jahren sowie die Handlungsbereitschaft hinsichtlich

des Klimaschutzes abgefragt. Die Ergebnisse wurden auf <https://www.klimaschutzplan-hessen.de/klimaschutzumfrage> veröffentlicht. Die Kosten für die Beauftragung von YouGov beliefen sich auf 2.400 € (netto).

Frage 4. Wie viele Umfragen zu welchem Thema plant die Hessische Landesregierung bis zum 31. Dezember 2020?

Es sind derzeit keine weiteren Umfragen für 2020 geplant.

Frage 5. Werden die Ergebnisse der von der Landesregierung beauftragten Meinungsumfragen dem Hessischen Landtag jeweils zugänglich gemacht? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?

Es wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Frage 6. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass sich politische Parteien nicht an Meinungsumfragen der Landesregierung anschließen, um etwa Fragen wie die sogenannte Sonntagsfrage zu stellen?

Die Umfragen werden ausschließlich von Seiten der Staatskanzlei und der Ressorts geplant und beauftragt. Ansprechpartner und weisungsbefugt gegenüber dem Auftragnehmer der Umfragen sind die beauftragenden Ressorts. Eine Mitwirkung von Parteien findet dabei nicht statt. Die Sonntagsfrage wurde nicht gestellt. Auch erfolgen seitens der Landesregierung keine sonstigen Abfragen im Auftrag von Parteien.

Wiesbaden, 3. Dezember 2020

Axel Wintermeyer